



Stimmung in der Wirtschaft kippt

DIHK-Konjunkturmfrage Frühsommer 2022

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen

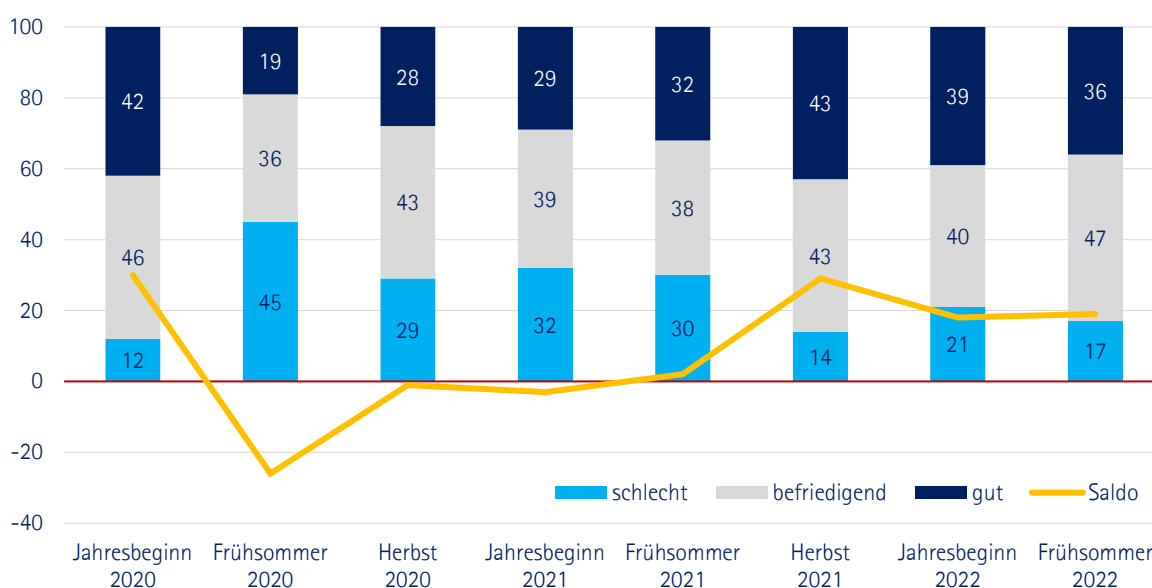
Die Geschäftslage der Wirtschaft ist geprägt von steigenden Energie- und Rohstoffpreisen durch den Krieg in der Ukraine, von zunehmenden Lieferengpässen aufgrund von harten Lockdowns in China und von einem Ende der Corona-Beschränkungen im Inland. Die einzelnen Sektoren sind dabei sehr unterschiedlich betroffen.

Über die gesamte Wirtschaft hinweg schätzen 36 Prozent der Unternehmen ihre Geschäftslage im Frühsommer als „gut“ ein. Das sind drei Prozentpunkte weniger als in der Vorumfrage zu Jahresbeginn. Allerdings geht auch der Anteil der Unternehmen, die von einer schlechten Geschäftslage berichten, insgesamt auf 17 Prozent zurück (zuvor 21 Prozent). Der Saldo aus guten und schlechten Lageeinschätzungen verbessert sich damit geringfügig im Vergleich zum Frühsommer um einen Punkt auf 19 Punkte und liegt damit leicht unter dem langjährigen Schnitt (22 Punkte).

Ein Blick in die Sektoren zeigt allerdings, dass sich die Entwicklung der einzelnen Branchen aktuell verschiebt: Bei konsumnahen Dienstleistern hellt sich die Lage auf. In der Industrie und im Baugewerbe sind vor dem Hintergrund von Preissteigerungen und Engpässen bei Energie, Rohstoffen und Vorleistungen teils deutliche Eintrübungen der Geschäftslage erkennbar. Zwar ist in den beiden zuletzt genannten Branchen die Geschäftslage deutlich besser als im Durchschnitt der gesamten Wirtschaft, jedoch verschlechtert sich die Stimmung sowohl im Bau als auch in der Industrie:

Der Anteil der **Industriebetriebe** mit positiver Lagebewertung geht im Vergleich zur Vorumfrage um fünf Prozentpunkte auf 42 Prozent zurück, während der Anteil derjenigen mit negativer Bewertung um einen Prozentpunkt auf dreizehn Prozent steigt. Damit sinkt der Saldo aus guten und schlechten Lageeinschätzungen in der Industrie auf 29 Punkte (nach zuvor 35 Punkte). Am schlechtesten ist die Lageeinschätzung bei den Herstellern von Ge- und Verbrauchsgütern. Nur noch 28 Prozent kommen hier zu einer guten Bewertung ihrer Geschäftslage, während 22 Prozent bereits zu einer negativen Einschätzung gelangen. Der Saldo sinkt auf sechs nach zuvor zwölf Punkten – deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von fünfzehn Punkten. Demgegenüber ist die aktuelle Geschäftslage bei den Vorleistungsgüterproduzenten und den Herstellern von Investitionsgütern noch deutlich besser (positive Lageeinschätzung bei 45 Prozent bzw. 44 Prozent). Die Auftragsbücher sind aktuell noch voll. Dennoch hat sich auch hier die Lage angesichts der Lieferkettenprobleme getrübt. Der Saldo aus guten und schlechten Lagebewertungen sinkt bei Vorleistungsgüterproduzenten auf 35 nach zuvor 40 Punkte und bei Investitionsgüterherstellern von 32 nach zuvor 40 Punkten.

Geschäftslage der Unternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten



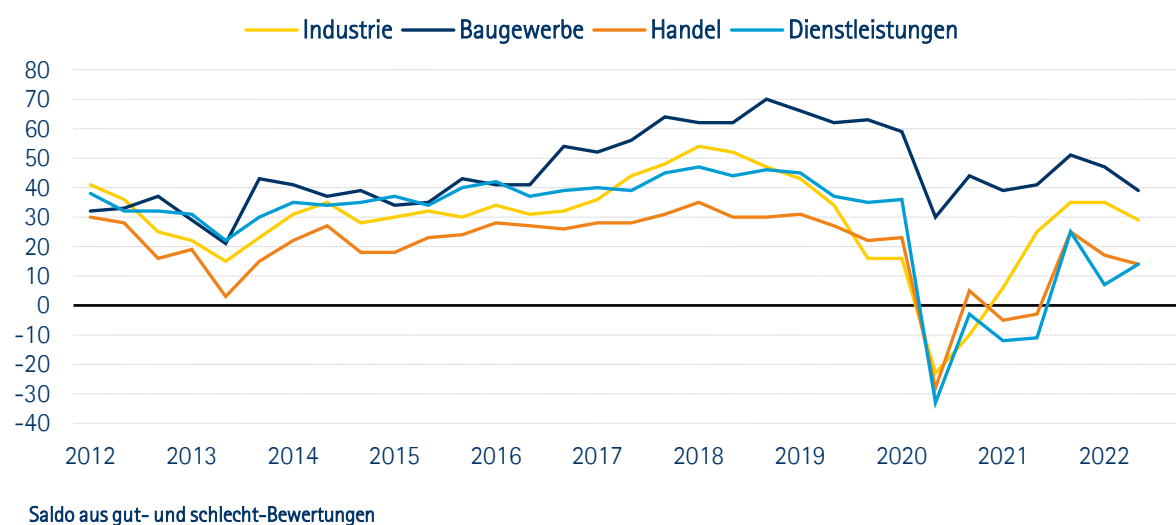
Die Geschäfte laufen im **Baugewerbe** aktuell zwar weiterhin gut, jedoch hinterlassen die anhaltenden Engpässe und Preissprünge z.B. bei Stahl und Bitumen Spuren, besonders im Hoch- und Tiefbau. Mit 46 Prozent berichten insgesamt 6 Prozentpunkte weniger Bauunternehmen als in der Vorumfrage von einer guten Geschäftslage. Hingegen steigt der Anteil der Bauunternehmen mit schlechter Geschäftslage von fünf auf nun sieben Prozent. Damit sinkt die Bewertung

der Geschäftslage auf einen Saldo von 39 nach zuvor 47 Punkten. Im Hochbau verringert sich der Saldo aus guten und schlechten Lageeinschätzungen auf 38 nach zuvor 50 Punkte, im Tiefbau sinkt der Saldo um zehn auf 32 Punkte. Das Ausbaugewerbe ist weniger stark von Engpässen betroffen und kann sich über weiterhin voll Auftragsbücher freuen. Hier verschlechtert sich die Geschäftslage im Vergleich zur Vorumfrage nur um 4 Punkte auf einen Saldo von 43 Punkten.

Im **Handel** belasten Preissteigerungen und Engpässe ebenfalls die Geschäfte. Allerdings fällt die Eintrübung etwas geringer aus als im Bau oder in der Industrie: Ein Drittel (33 Prozent nach zuvor 37 Prozent) bewertet die Geschäftslage gut, knapp ein Fünftel (19 Prozent nach zuvor 20 Prozent) bewertet die Lage als schlecht. Der Saldo aus guten und schlechten Einschätzungen sinkt damit um 3 auf 14 Punkte, liegt damit aber noch leicht über dem langjährigen Schnitt (zwölf Punkte). Drei von fünf Großhändlern (60 Prozent) konnten bereits zumindest einen Teil der Preissteigerungen an Kunden weitergeben, bei Einzelhändlern waren es nur 45 Prozent. Daher gibt es auch deutliche Unterschiede beim Niveau der Geschäftslage. Während im Einzelhandel nur etwas mehr Betriebe von einer guten Lage berichten (28 Prozent) als von einer schlechten (23 Prozent; Saldo von fünf nach zuvor acht Punkten), sehen im Großhandel immer noch deutlich mehr Unternehmen eine gute Geschäftslage (39 Prozent nach 43 Prozent; Saldo von 25 nach zuvor 29 Punkten).

Im Gegensatz zu den restlichen Branchen hellt sich die Lage im **Dienstleistungssektor** im Vergleich zu Jahresbeginn etwas auf. Das ist insbesondere auf die Rücknahmeder Coronabeschränkungen (Maskenpflicht, Nachweispflichten oder Besucherobergrenzen) zurückzuführen, die es vielen konsumnahen Dienstleistern, wie z.B. Gastronomen, Fitnessstudios oder Kinos, ermöglicht, ihre Geschäfte wieder uneingeschränkt aufzunehmen. Nur noch ein Fünftel der Dienstleister (20 Prozent) bewertet seine Lage als schlecht, zu Jahresbeginn waren es noch 27 Prozent. Gleichzeitig ist der Anteil der Dienstleister, die von einer guten Geschäftslage berichten, konstant geblieben. Der Saldo aus guten und schlechten Einschätzungen ist damit gegenüber der Vorumfrage um sieben auf 14 Punkte gestiegen. Diese leichte Aufhellung im Dienstleistungssektor geht insbesondere auf die Lageverbesserung im Gastgewerbe oder anderen tourismusbezogenen Branchen zurück. Mit dem Auslaufen der Coronamaßnahmen können diese Branchen etwas aufatmen. Die Betriebe schätzen ihre Geschäftslage deutlich seltener als schlecht ein als noch zu Jahresbeginn. Im Vergleich zur Vorumfrage berichten im Gastgewerbe „nur“ noch 40 Prozent der Unternehmen von einer schlechten Geschäftslage, 33 Prozentpunkte weniger als noch zu Jahresbeginn. Der Saldo der guten und schlechten Lageeinschätzungen ist daher auf minus 23 nach zuvor minus 67 gestiegen. Ähnlich ist die Situation bei den Reisevermittlern, hier steigt der Saldo aus guten und schlechten Lagebewertungen auf minus 27 nach zuvor minus 72 Punkten.

Geschäftslage der Unternehmen – Saldo in Punkten



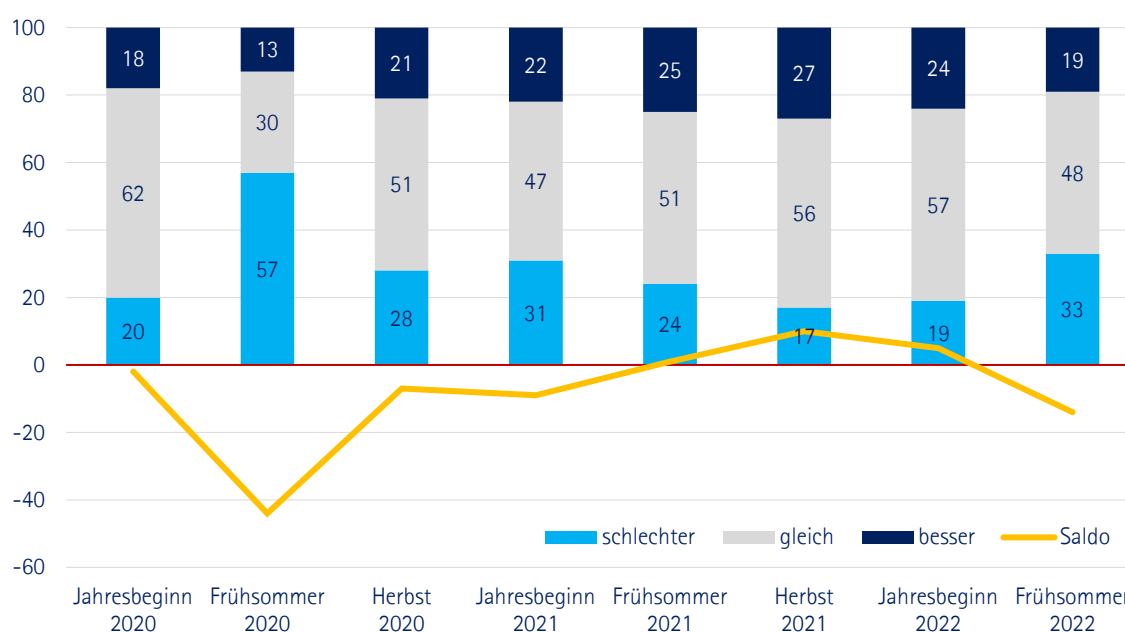
Geschäftserwartungen der Unternehmen

Bei den Geschäftserwartungen zeigen sich gegenläufige Entwicklungen: Die wegfallenden Coronabeschränkungen führen bei den tourismusnahen Dienstleistern, wie z.B. Gastronomen, zu deutlich optimistischeren Aussichten. Jedoch sind angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine und des harten Lockdowns in China die Geschäftserwartungen in nahezu allen anderen Bereichen, vor allem in den energieintensiven Industriezweigen, stark eingebrochen. Insgesamt dominieren bei der Betrachtung der gesamten Wirtschaft die negativen Erwartungen: Über alle Branchen hinweg blickt nur knapp ein Fünftel der Unternehmen (19 Prozent) optimistisch auf die Geschäftsaussichten in den nächsten zwölf Monaten, zu Jahresbeginn waren es immerhin noch knapp ein Viertel (24 Prozent). Hingegen gehen ein Drittel (33 Prozent) von schlechteren Geschäften aus, in der Vorumfrage waren es nur 19 Prozent. Insgesamt dreht damit der Saldo aus positiven und negativen Geschäftserwartungen deutlich ins Negative und verschlechtert sich auf minus 14 nach zuvor fünf Punkte. Das liegt auch deutlich unter dem langjährigen Schnitt von 6 Punkten.

Besonders gravierend ist der Einbruch der Geschäftserwartungen in der **Industrie**. Nur noch 14 Prozent gehen von einer Verbesserung ihrer Situation aus. Das sind nur noch halb so viele wie zu Jahresbeginn (27 Prozent). Negative Erwartungen haben hingegen 37 Prozent der Industrieunternehmen, mehr als doppelt so viele wie noch in der Vorumfrage (15 Prozent). Der Saldo der Geschäftserwartungen dreht damit deutlich ins Negative, auf einen Saldo von minus 23 nach zuvor zwölf Punkten.

Für die **Vorleistungsgüterhersteller** sind die Preissprünge und Verknappungen bei Energie und Rohstoffen besonders drückend und führen zu einem dramatischen Einbruch der Geschäftserwartungen um 39 Punkte auf einen Saldo von minus 29 Punkten. Nur noch jeder zehnte Vorleistungsgüterproduzent (11 nach zuvor 25 Prozent) ist optimistisch gestimmt. 40 Prozent blicken pessimistisch in die Zukunft (nach zuvor 15 Prozent). Besonders betroffen sind hier die Unternehmen der Metallerzeugung und -bearbeitung: Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen ist um 56 auf minus 38 Punkte gefallen. Dieser Einbruch bei den Erwartungen fällt noch größer aus als der Rückgang zu Beginn der Corona-Pandemie 2020 oder während der Finanzkrise. Nur unwesentlich geringer brechen die Aussichten für die nächsten zwölf Monate bei anderen Vorleistungsgüterproduzenten aus. Bei Unternehmen aus dem Bereich Gewinnung von Steinen und Erden, Bergbau sinkt der Saldo auf minus 40 nach zuvor 2 Punkten, in die Gummi- und Kunststoffindustrie auf minus 33 nach zuvor 9 Punkten und in der Chemischen Industrie auf minus 29 nach zuvor 7 Punkten.

Geschäftserwartungen der Unternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

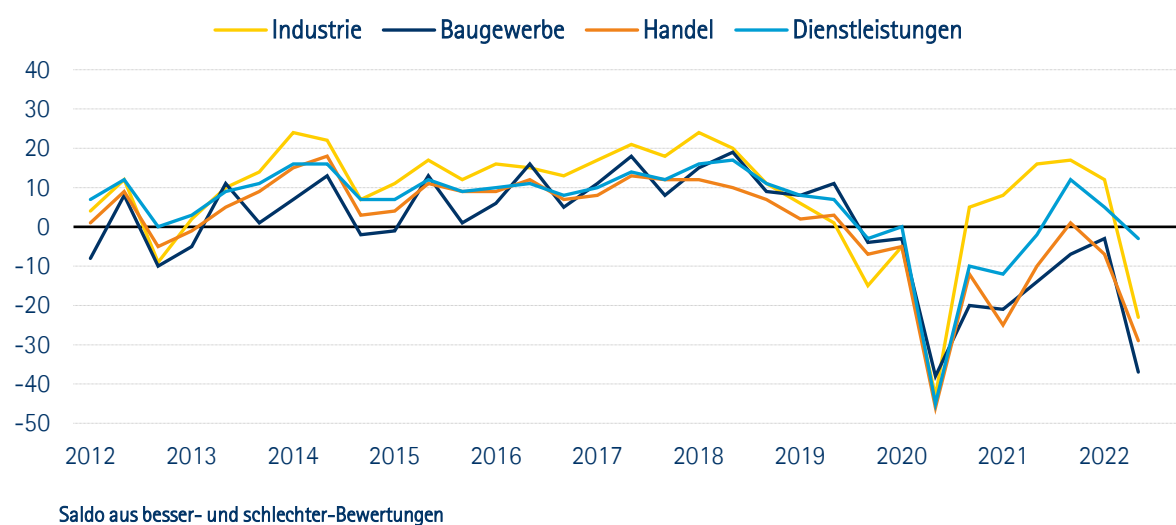


Bei den **Investitionsgüterherstellern** haben sich die Aussichten für das kommende Jahr ebenfalls deutlich verschlechtert: 17 Prozent (nach zuvor 33 Prozent) gehen von einer Verbesserung der Geschäfte aus, aber doppelt so viele (34 Prozent nach zuvor 12 Prozent) rechnen mit einer Verschlechterung. Der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen dreht ins Minus und sinkt auf minus 17 nach zuvor 21 Punkten. Die Branche ist besonders hart von der erneuten Störung der Lieferketten in Asien und daraus resultierenden Engpässen bei Vorleistungen, wie z.B. Halbleiter, betroffen. Mit am stärksten brechen die Erwartungen im Maschinenbau (Saldo von minus 18 nach zuvor 25 Punkten) und im Kraftfahrzeugbau (Saldo von minus 21 nach zuvor 21 Punkten) ein. Unternehmen der Elektrotechnik blicken ebenfalls überwiegend pessimistisch auf die kommenden Monate (Saldo von minus 14 nach zuvor 19 Punkten).

Auch bei den Herstellern von **Ge- und Verbrauchsgütern** drehen die Erwartungen deutlich ins Minus, wenngleich auch etwas weniger stark als in der Vorleistungsgüterindustrie: Knapp ein Fünftel (19 nach zuvor 26 Prozent) blickt noch hoffnungsvoll auf die zukünftigen 12 Monate, 38 Prozent (nach zuvor 19 Prozent) gehen von schlechteren Geschäften aus. Im Saldo sinken damit die Geschäftserwartungen auf minus 19 nach zuvor sieben Punkte. Besonders die Unternehmen aus dem Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe (Saldo von minus 20 nach zuvor elf Punkten) und der Nahrungsmittel- und Futterindustrie (Saldo von minus 31 nach zuvor minus drei Punkten) rechnen mit deutlich schlechteren Geschäften. Positiv heraus sticht die Pharmazeutische Industrie. Hier überwiegen die Optimisten trotz Eintrübung noch die Pessimisten (Saldo von drei nach zuvor 24 Punkten). Dabei mag die pandemiebedingte weiterhin hohe Nachfrage nach pharmazeutischen Produkten eine Rolle spielen. Ebenfalls noch schwach positive Erwartungen haben Unternehmen aus dem Bekleidungsgewerbe (Saldo von zwei nach zuvor 24 Punkten) und saisonbedingt auch die Getränkeindustrie (Saldo von sieben nach zuvor zwölf Punkten). Dabei hoffen insbesondere die Brauereien auf einen umsatzstarken Sommer (Saldo von 35 nach zuvor 23 Punkten).

Die Unternehmen im **Baugewerbe** schätzen ihre Aussichten als besonders düster ein. Der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen führen zu Engpässen bei Holz, Stahl, Bitumen und anderen Baustoffen. Hinzu kommt der anhaltende Fachkräftemangel, der ein Abarbeiten von Aufträgen zusätzlich erschwert. Der Anteil der Bauunternehmen mit positiven Erwartungen hat sich halbiert (sieben nach zuvor 14 Prozent), hingegen ist der Anteil der Pessimisten von 17 Prozent auf 44 Prozent gestiegen. Der Saldo sinkt um 34 auf minus 37 Punkte. Den stärksten Einbruch bei den Erwartungen verzeichnet dabei der Hochbau (Saldo von minus 48 nach zuvor minus zwei Punkten). Steigende Baukreditzinsen versetzen dem privaten Wohnungsbau einen Dämpfer. Dicht darauf folgt der Tiefbau mit einem Rückgang von 35 auf einen Saldo von minus 43 Punkten. Dagegen gehen die Geschäftserwartungen bei Betrieben im Ausbaugewerbe etwas weniger stark zurück (Saldo von minus 22 nach zuvor minus zwei).

Geschäftserwartungen der Unternehmen – Saldo in Punkten



Auch die Unternehmen im **Handel** rechnen im laufenden Jahr mit einer Verschlechterung des Geschäfts. Zum einen fürchten sie eine gedämpfte Konsumlaune angesichts des Krieges und steigender Preise. Zum anderen bereiten auch Lieferprobleme Kummer. Insgesamt haben nur noch 13 Prozent der Unternehmen optimistische Geschäftserwartungen (nach zuvor 18 Prozent), während 42 Prozent mit Umsatzrückgängen rechnen (zuvor 25 Prozent). Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen sinkt von minus sieben auf minus 29 Punkte. Besonders schlecht sind die Aussichten im Bereich Kfz-Handel und -Reparatur (Saldo von minus 43 nach zuvor minus 19 Punkten). Unter Anderem können hier Aufträge nicht ausgeführt werden, weil Ersatzteile fehlen. Einzelhandel und Großhandel schätzen ihre Aussichten gleich trübe ein, wobei der Einzelhandel bereits zu Jahresbeginn pessimistischer gestimmt war (Saldo von minus 28 nach zuvor minus elf Punkte bzw. minus 28 nach zuvor minus einen Punkt).

Bei den **Dienstleistern** sind die Geschäftserwartungen sehr unterschiedliche ausgeprägt. Über die gesamte Branche hinweg hoffen immer noch knapp ein Viertel (23 Prozent) der Betriebe im Dienstleistungssektor auf bessere Geschäfte in den kommenden Monaten (zuvor 25 Prozent). Mit einer Verschlechterung rechnen 26 nach zuvor 20 Prozent. Der Saldo verschlechtert sich damit nur vergleichsweise leicht um acht auf minus drei Punkte. Nach dem Auslaufen der Coronabeschränkungen sind insbesondere die Betriebe im Gastgewerbe so optimistisch wie seit Jahren nicht mehr. Ihr Saldo aus positiven und negativen Geschäftserwartungen steigt um 27 auf 22 Punkte. Das ist nur leicht unter Rekordstand (24 Punkte im Frühsommer 2011). Mit besseren Geschäften rechnen auch die Reisevermittler (Saldo von 18 nach zuvor zehn Punkten), Unternehmen aus dem Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung (Saldo von zehn nach zuvor minus zwei Punkten) sowie insbesondere die Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter (Saldo von 42 nach zuvor 20 Punkten). Bei überwiegend unternehmensnahen Dienstleistern trüben sich die Geschäftserwartungen hingegen ein (Saldo von minus zwei nach zuvor 14 Punkten). Die schlechten Aussichten im Verarbeitenden Gewerbe versetzen auch den Umsatzerwartungen der unternehmensnahen Dienstleister einen Dämpfer. Im Bereich Verkehr und Lagerei drücken die steigenden Energiepreise, der Fachkräftemangel und die Lieferkettenschwierigkeiten die Erwartungen. Der Saldo sinkt um 23 auf minus 26 Punkte.

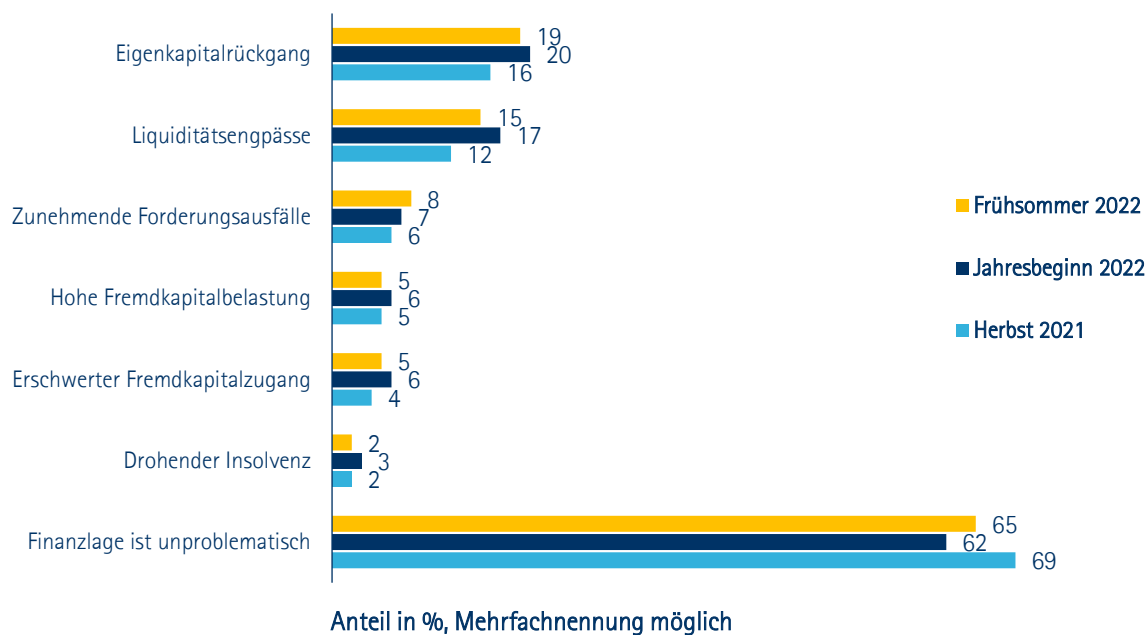
Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen

Die Finanzlage der Gesamtheit der Unternehmen bleibt schwierig. Ein Drittel der Unternehmen (35 Prozent) beschreibt seine Finanzierungssituation als problematisch. Zu Jahresbeginn 2022 waren es knapp zwei Fünftel (38 Prozent). Im Vordergrund steht nach fast zwei Jahren einer an den Reserven zehrenden Pandemie der Eigenkapitalrückgang (19 Prozent). Der weiterhin bedeutende Teil an Unternehmen, die von Liquiditätsengpässen berichten (15 Prozent) ist den anhaltenden und sich verschärfenden Lieferkettenstörungen sowie kräftig steigenden Preisen vor allem für Energie, aber auch für Rohstoffe, Vorprodukte und Logistikleistungen geschuldet ist. Damit geht auch eine leichte Zunahme der Unternehmen einher, die sich Forderungsausfällen gegenübersehen (acht Prozent). Etwas weniger Unternehmen als zu Jahresbeginn 2022 sehen sich von einer Insolvenz bedroht: Über die Breite der Wirtschaft sind es zwei Prozent der Betriebe. Verschlechtert hat sich für fünf Prozent der Unternehmen der Fremdkapitalzugang. Dabei gilt: Je kleiner das Unternehmen, desto kritischer stellt sich die Finanzlage dar. Finanzierungsprobleme berichten 42 Prozent der kleinen Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten im Vergleich zu nur 18 Prozent der Großunternehmen ab 1.000 Beschäftigten. Für die kleinen Unternehmen stellen vor allem der Eigenkapitalrückgang (25 Prozent) und Liquiditätsengpässe (17 Prozent) eine Herausforderung dar.

Ein Blick in die Wirtschaftszweige zeigt, dass die Finanzlage in der Industrie, im Baugewerbe und im Handel nahezu unverändert im Vergleich zum Jahresbeginn 2022 ist. Im Bau verschlechtert sie sich um einen Prozentpunkt, im Handel verbessert sie sich um einen Prozentpunkt. Auf Ebene der Wirtschaftszweige ist es vor allem der Dienstleistungssektor, der mit Wegfall der pandemiebedingten Einschränkungen auch über eine leicht verbesserte Finanzlage berichtet – wenngleich die letzten zwei Jahre dort auch die tiefsten Spuren hinterlassen haben. Unter den Dienstleistern findet sich weiterhin der höchste Anteil an Unternehmen mit Eigenkapitalrückgang.

Rund ein Viertel der **Bauunternehmen** schätzt seine Finanzlage als problematisch ein (28 nach zuvor 27 Prozent). Der Anteil der Unternehmen, die sich einem Eigenkapitalrückgang gegenübersehen, stieg von zwölf auf 15 Prozent. Über einen erschwerten Zugang zu Fremdkapital und eine insgesamt hohe Fremdkapitalbelastung berichten mehr Bauunternehmen als noch zu Jahresanfang. Besonders unter den Hochbaubetrieben hat sich der Anteil derjenigen, die bereits höhere Zinsen für ihr Fremdkapital zahlen müssen, im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt.

Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...



In der **Industrie** berichtet unverändert ein knappes Drittel der Unternehmen von einer problematischen Finanzlage (31 Prozent), und auch der Anteil der Unternehmen ist nahezu gleichgeblieben, die von Liquiditätsengpässen (15 Prozent) und von einem Eigenkapitalrückgang (14 nach zuvor 13 Prozent zu Jahresbeginn 2022) berichten. Doch gerade in der Industrie ist das Bild nach Branchen sehr unterschiedlich. Steigende Energiekosten und sich kräftig erhöhende Preise

von Rohstoffen und Vorprodukten führen in einzelnen Industriebranchen zu erheblichen Belastungen. Die Differenz zwischen teurer werdender Produktion und fehlenden oder unvollständigen Möglichkeiten, die gestiegenen Preise in der Wertschöpfungskette weiterzugeben, spiegelt sich in den Bilanzen wider.

So sehen sich mehr Unternehmen als zu Jahresbeginn in der Chemischen Industrie (29 nach 24 Prozent zu Jahresbeginn 2022), bei den Gummi- und Kunststoffproduzenten (36 nach zuvor 29 Prozent) sowie in der Metallerzeugung und -bearbeitung (41 nach zuvor 35 Prozent) mit einer problematischen Finanzlage konfrontiert. Während in der Chemischen Industrie vor allem der Eigenkapitalrückgang Probleme bereitet (15 nach zuvor neun Prozent), ist es bei den Gummi- und Kunststoffproduzenten eine Gemengelage aus Eigenkapitalrückgang (18 nach zuvor 15 Prozent), Liquiditätsengpässen (17 nach zuvor 15 Prozent) und zunehmenden Forderungsausfällen (elf nach fünf Prozent zu Jahresbeginn). Einen starken Aufwuchs der Unternehmen, die über Liquiditätsengpässe berichten, verzeichnen industrielle Kernbranchen wie der Kraftfahrzeugbau (25 nach 12 Prozent zu Jahresbeginn). Außerdem wird für mehr Unternehmen dieser Branchen der Zugang zu Fremdkapital schwieriger und seine Kosten höher.

Im **Handel** ist der Anteil der Unternehmen mit Schwierigkeiten bei der Finanzierung gegenüber dem Jahresbeginn 2021 mit von 35 nach zuvor 36 Prozent fast unverändert hoch. Steigende Einkaufspreise und Kosten für Energie und Logistik auf der einen Seite sowie Arbeitskosten auf der anderen Seite in Verbindung mit einer beschränkten sowie zeitlich verzögerte Weitergabe der Mehrkosten an die Kunden hinterlassen ihre Spuren in den Bilanzen. Stärker als andere Branchen ist der Handel bereits von steigenden Zinsen und Forderungen nach einer stärkeren Besicherung ihrer Kredite betroffen. Während sich nahezu ein Fünftel der Unternehmen (unverändert 19 Prozent) schwindendem Eigenkapital gegenüber sieht, ist der Anteil der Unternehmen, die über Liquiditätsengpässe berichten, leicht von 16 auf 13 Prozent gesunken. Im Großhandel und bei den Handelsvermittlern sieht die Finanzlage etwas besser aus. Hier können aber auch deutlich mehr Unternehmen die Kostensteigerungen schneller an die nachgelagerter Wirtschaftsstufen weitergeben: Während drei von fünf Großhändlern die Kostensteigerungen bereits weitergegeben haben, sind es bei den Einzelhändlern erst 45 Prozent. Im Einzelhandel, der aus einer angespannten Pandemielage kommt und der die Risiken steigender Energie- und Rohstoffkosten und steigender Arbeitskosten auf einem Allzeithoch bewertet, berichten deshalb 41 Prozent der Unternehmen über eine problematische Finanzlage, die vor allem durch einen Rückgang ihres Eigenkapitals (26 Prozent) geprägt ist.

Im Vergleich der Wirtschaftszweige ist die Finanzlage der überwiegend kleinen und mittelgroßen **Dienstleister** am schwierigsten. Gleichzeitig zeigt sich aber eine Erholung, nachdem nun auch dort weitestgehend Einschränkungen im Geschäftsbetrieb entfallen sind und Coronahilfen ausbezahlt werden. Nunmehr berichten 38 Prozent der Dienstleistungsunternehmen von einer problematischen Finanzlage. Zu Jahresbeginn 2022 waren es noch 43 Prozent. Weiterhin bereiten sowohl der Eigenkapitalrückgang (22 nach zuvor 24 Prozent) als auch Liquiditätsengpässe (15 nach zuvor 19 Prozent) den Unternehmen Sorgen. Bei den Reisevermittlern, den Gastronomiebetrieben und den Betrieben aus den Bereichen Kunst, Kultur, Erholung sind die Einschränkungen erst vor wenigen Wochen ausgelaufen. Dementsprechend kritisch ist weiterhin ihre Finanzlage. In fast jedem zweiten Unternehmen ist das Eigenkapital durch die Einschränkungen der Pandemie zurückgegangen. Risikofaktoren für ihre finanziell nachhaltige Erholung sind jetzt der Fachkräftemangel, steigende Energie- und Arbeitskosten sowie die Inlandsnachfrage, die von der Gastronomie zum Saisonstart kritischer bewertet wird als zu Jahresbeginn.

Besonders angespannt fällt die Bewertung der Finanzlage im Bereich Verkehr, Logistik und Lagerhaltung aus – nahezu jedes zweite Unternehmen (48 Prozent) meldet hier Finanzierungsprobleme. Häufig treffen in dieser Branche fest vereinbarte Leistungspreise auf sprunghaft gestiegene Energiekosten. Dazu kommen die Knappheiten durch Logistikstörungen wie die Überlastung internationaler Häfen sowie die mangelnde Verfügbarkeit von Containern oder schlicht Paletten. Der Anteil der Unternehmen, die sich von Liquiditätsengpässen bedroht sehen, ist im Vergleich zu Jahresbeginn 2022 von 17 auf 20 Prozent gestiegen. Dazu kommt, dass die Finanzierung über Bankkredite teurer wird – zwar ist nur knapp jedes zehnte Unternehmen in dieser Branche betroffen, aber im Vergleich zum Frühsommer 2021 hat sich der Anteil verdoppelt. Besonders stark geändert hat sich die Finanzierungslage bei den Unternehmen des Straßengüterverkehrs. Jeder zweite Betrieb (52 Prozent) berichtet über Finanzierungsprobleme, das sind zehn Prozent mehr als noch zu Jahresbeginn. Im Fokus steht der Eigenkapitalrückgang (28 nach 24 Prozent zu Jahresbeginn), gefolgt von Liquiditätsengpässen (22 nach 13 Prozent) und steigenden Forderungsausfällen (15 nach zehn Prozent). Besonders kritisch ist, dass sich auch die Möglichkeiten, Fremdfinanzierung zur Überbrückung von Engpässen und für notwendige Investitionen zu nutzen, für die Unternehmen des Straßengüterverkehrs im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert haben. Jeweils 10 Prozent der Unternehmen erfahren Finanzierungsbeeinträchtigungen durch steigende Zinsen, höhere Sicherheitenforderungen und einen geforderten höheren eigenen Finanzierungsanteil.

Geschäftsrisiken der Unternehmen für die kommenden 12 Monate

Die aktuellen Ereignisse, insbesondere der Krieg in der Ukraine und die Preissprünge aufgrund von Lieferkettenstörungen schlagen sich in den Geschäftsrisiken der Unternehmen nieder und drücken die Geschäftserwartungen. Das Risiko steigender **Energie- und Rohstoffpreise** – schon in der Vorumfrage auf dem bis dahin höchsten gemessenen Stand – klettert erneut auf einen Höchstwert (78 nach zuvor 64 Prozent). Sie sind in allen Branchen die schwerwiegendsten Herausforderungen. Am stärksten ist jedoch die Industrie betroffen (93 nach zuvor 85 Prozent). Besonders die energie- und rohstoffintensiven Vorleistungsgüterhersteller (95 nach zuvor 90 Prozent) spüren die Kostensteigerungen bei Gas, Öl und Strom. Nicht nur steigende Kosten für Energie, sondern auch Lieferprobleme bei Metallen verdunkeln die Geschäftsaussichten. Auch nahezu allen Bauunternehmen machen Preissteigerungen zu schaffen, hier belasten neben der Energie insbesondere zunehmende Engpässe bei Stahl und Bitumen die Erwartungen. Zudem sind Energie- und Rohstoffpreise nun auch bei Handels- und Dienstleistungsunternehmen an erster Stelle bei den Risiken genannt (82 nach zuvor 69 Prozent bzw. 69 nach zuvor 51 Prozent). Im Handel ist der Druck bei den Großhändlern und Handelsvermittlern, die noch stärker in den internationalen Handel eingebunden sind, stärker (84 Prozent nach 73 Prozent) als im Einzelhandel (79 Prozent nach 64 Prozent). Bei den Dienstleistern fürchten besonders Unternehmen aus dem Bereich Verkehr und Lagerei sowie das Gastgewerbe steigende Energie- und Rohstoffpreise (91 nach zuvor 79 Prozent bzw. 91 nach zuvor 73 Prozent), während überwiegend unternehmensbezogene Dienstleister seltener darunter leiden (54 nach zuvor 37 Prozent).

TOP-Geschäftsrisiken nach Sektoren

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich, **Allzeithoch**

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleistungen
1.	93% Energie- und Rohstoffpreise	91% Energie- und Rohstoffpreise	82% Energie- und Rohstoffpreise	68% Energie- und Rohstoffpreise
2.	52% Fachkräftemangel	71% Fachkräftemangel	53% Inlandsnachfrage	59% Fachkräftemangel
3.	43% Arbeitskosten	50% Arbeitskosten	47% Fachkräftemangel	47% Arbeitskosten
4.	43% Wirtschaftspolitik	42% Wirtschaftspolitik	45% Wirtschaftspolitik	44% Wirtschaftspolitik
5.	40% Inlandsnachfrage	37% Inlandsnachfrage	44% Arbeitskosten	38% Inlandsnachfrage

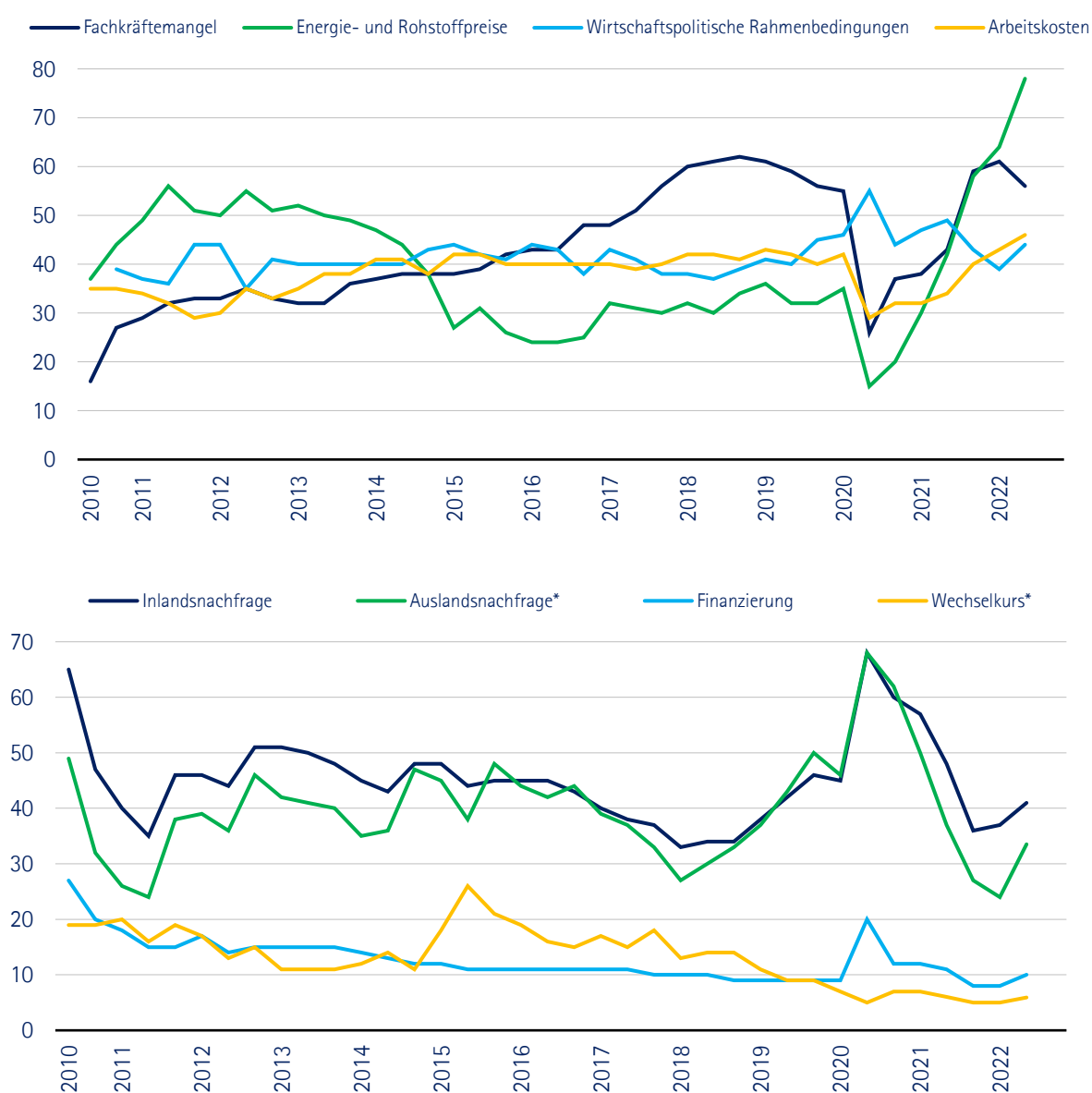
Ebenfalls auf ein neues Allzeithoch gestiegen ist das Risiko **Arbeitskosten**, es wird von 46 nach zuvor 43 Prozent der Unternehmen genannt. Zwar sind es häufig Dienstleistungsunternehmen mit unterdurchschnittlichen Lohnniveaus, wie das Gastgewerbe oder die Sicherheitswirtschaft, die Arbeitskosten als Risiko nennen (67 Prozent bzw. 65 Prozent). Jedoch liegen bei einer Betrachtung der Durchschnittswerte die Branchen nicht weit auseinander. Im Baugewerbe fürchtet mit 50 Prozent (nach zuvor 48 Prozent) und bei den Dienstleistern mit 47 Prozent (nach zuvor 43 Prozent) etwa die Hälfte der Unternehmen deutliche Personalkostensteigerungen. Im Handel und in der Industrie sind es mit 44 Prozent und 43 Prozent nur unwesentlich weniger. Darin mag sich bereits die Sorge vor einer Preis-Lohn-Spirale widerspiegeln. Insbesondere im Niedriglohnbereich mag auch die kommende Mindestlohnerrhöhung eine Rolle spielen.

Der **Fachkräftemangel** bleibt weiterhin das zweitgrößte Geschäftsrisiko (56 nach zuvor 61 Prozent). Lediglich im Handel fällt er mit 47 Prozent (nach zuvor 52 Prozent) auf die dritte Stelle zurück. Zwar tritt die Angst, nicht genügend qualifizierte Fachkräfte zu finden gegenüber der Sorge um die Energiesicherheit und den aktuellen konjunkturellen und geopolitischen Entwicklungen in den Hintergrund. Allerdings wird der Fachkräftemangel angesichts der demografischen Entwicklung eine der wesentlichen strukturellen Herausforderungen für die Unternehmen werden. Vor allem dem Baugewerbe (71 nach zuvor 78 Prozent) oder den Unternehmen im Bereich Verkehr und Lagerei (69 nach zuvor 73 Prozent) macht die Personalnot zu schaffen. Im Gastgewerbe ist der Druck im Vergleich zur Vorumfrage leicht zurückgegangen (63 nach zuvor 67 Prozent). Bei den Industrieunternehmen sind es insbesondere Betriebe aus dem Bereich Gewinnung von Steinen und Erden, Bergbau (59 nach zuvor 66 Prozent), aber auch die Pharmazeutische Industrie (55 nach zuvor 49 Prozent), die einen Fachkräftemangel beklagen.

Angeichts der geopolitischen Lage und der weltweiten konjunkturellen Eintrübung nehmen auch konjunkturelle Risiken zu. 41 Prozent aller Unternehmen bereitet die **Inlandsnachfrage** wieder Sorgen (nach zuvor 37 Prozent). Das spiegelt sich auch in den rückläufigen Geschäftserwartungen der einzelnen Branchen wider. Insbesondere der Handel befürchtet weniger Umsatz im Inland (53 Prozent nach 48 Prozent). Am stärksten springt die Angst vor einem Auftragsrückgang jedoch im Baugewerbe um 10 Prozentpunkte auf 37 Prozent. Hier spielen die steigenden Baukreditzinsen eine Rolle, die der Nachfrage im privaten Wohnungsbau einen Dämpfer versetzen. Über ein Drittel (34 Prozent) der Industrieunternehmen fürchten eine rückläufige **Auslandsnachfrage** (nach zuvor 24 Prozent), was sich auch negativ auf die Exporterwartungen auswirkt. 44 Prozent aller Unternehmen nennen die **Wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** als Geschäftsrisiko (nach zuvor 39 Prozent), insbesondere der Krieg in der Ukraine, die Sanktionen und damit verbundene Engpässe werden dabei als Risiken genannt.

Geschäftsrisiken für die Gesamtwirtschaft

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Export-Industrie



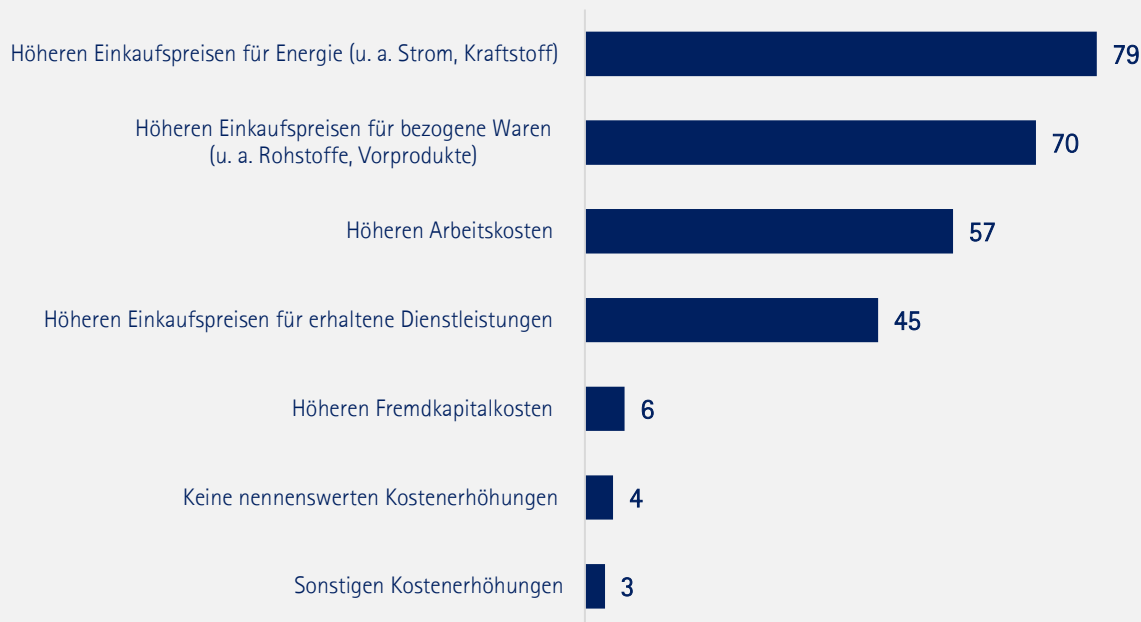
Kostenerhöhungen aufgrund von Lieferengpässen und Preissteigerungen

Steigende Preise haben den Unternehmen zuletzt besonders zu schaffen gemacht. So sind z.B. laut Destatis die Erzeugerpreise im April 2022 gegenüber dem Vorjahr um 33,5 Prozent gestiegen. In einer Sonderfrage wurden die Unternehmen in der Frühsommer-Konjunkturumfrage gefragt, von welchen Preissteigerungen sie in besonderem Maße betroffen sind:

Am häufigsten nennen die Unternehmen höhere **Einkaufspreise für Energie** (79 Prozent). Besonders schlägt dieser Kostenfaktor im Baugewerbe (92 Prozent) und in der Industrie (87 Prozent) zu Buche, etwas seltener im Handel (83 Prozent) und bei den Dienstleistern (73 Prozent).

An zweiter Stelle folgen für die gesamte Wirtschaft höhere **Einkaufspreise für bezogene Waren** (70 Prozent). Ließe man die Dienstleister hier außer Acht, wäre dieser Faktor sogar der größte Kostenblock. Denn 95 Prozent der Industrie- und Bauunternehmen und 90 Prozent der Händler berichten von besonders gestiegenen Preisen für Rohstoffe, Waren und Vorprodukte. Im Dienstleistungssektor meldet das nur jedes zweite Unternehmen (51 Prozent).

Von welchen Kostenerhöhungen ist Ihr Unternehmen besonders betroffen? (Mehrfachnennung möglich, in Prozent)



Von besonders gestiegenen **Arbeitskosten** sind 57 Prozent der Unternehmen betroffen, etwas überdurchschnittlich viele im Baugewerbe (64 Prozent) und bei den Dienstleistern (59 Prozent). Unter dem Durchschnitt liegt die Industrie (50 Prozent) und der Handel (53 Prozent).

Höhere **Einkaufspreise für erhaltene Dienstleistungen** spüren vor allem Bauunternehmen (52 Prozent) und Industrieunternehmen (49 Prozent). Händler (41 Prozent) und Dienstleister (43 Prozent) sind etwas seltener betroffen (alle Branchen 45 Prozent).

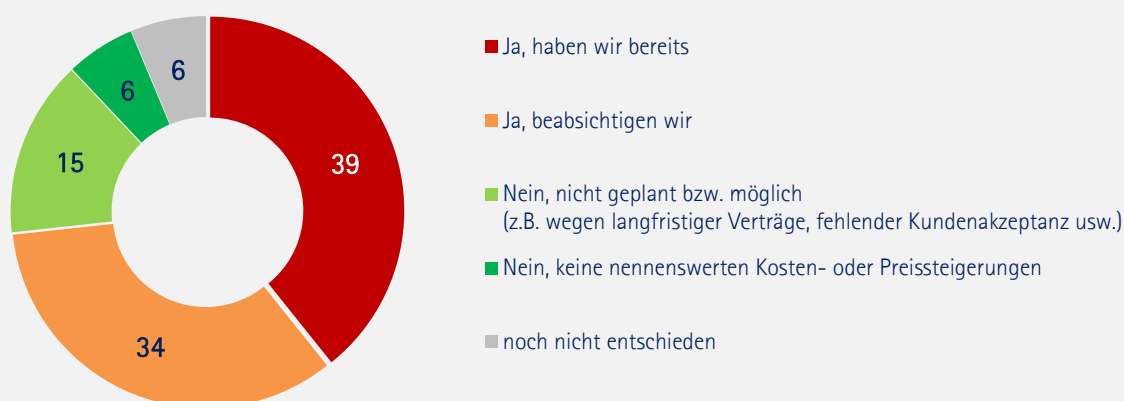
Höhere **Fremdkapitalkosten** (6 Prozent) und **sonstige Kostenerhöhungen** (drei Prozent) spielen keine wesentliche Rolle. Lediglich vier Prozent sehen **keine nennenswerte Kostenerhöhung**.

Weitergabe der Kostensteigerung an den Kunden

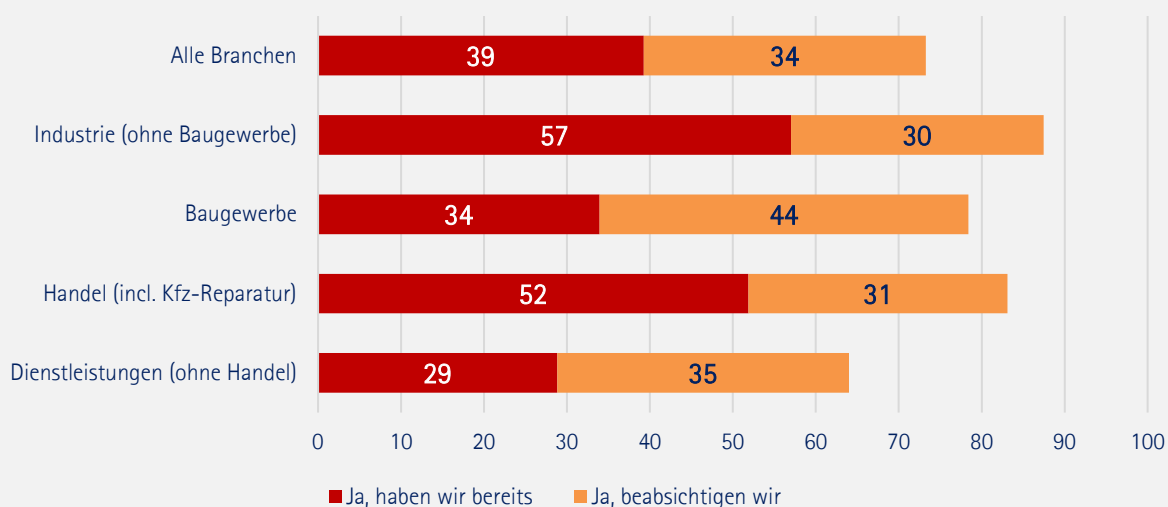
Die Kostensteigerungen, mit denen die Wirtschaft massiv konfrontiert ist, zehrt an den Margen und kann viele Unternehmen vor ernsthafte Existenzprobleme stellen. Der einzige Ausweg ist oftmals die Weitergabe der Kostensteigerungen an die Kunden. In der Fröhsommer-Konjunkturumfrage wurde daher in einer Sonderfrage erhoben, ob die Unternehmen Preiserhöhungen durchgeführt haben oder dies noch planen. Nicht immer ist eine Weitergabe steigender Kosten möglich. Dem kann eine fehlende Akzeptanz beim Kunden entgegenstehen oder der internationale Wettbewerbsdruck, denn nicht alle Volkswirtschaften sind von den gleichen Preissteigerungen betroffen wie Deutschland. Hinzu kommen auch langfristigen Verträge, die eine Anhebung von Preisen – zumindest in der kurzen Frist – nicht erlauben.

Insgesamt geben knapp drei Viertel der Unternehmen an, Preise in Zukunft erhöhen zu wollen (34 Prozent) oder das bereits getan zu haben (39 Prozent). 15 Prozent können ihre Kostensteigerungen nicht an die Kunden weitergeben und sechs Prozent haben sich noch nicht entschieden. Lediglich sechs Prozent aller Unternehmen berichtet von keinen nennenswerten Kosten- und Preissteigerungen betroffen zu sein.

Geben Sie Kostenerhöhungen an Ihre Kundschaft weiter? (keine Mehrfachnennung möglich, in Prozent)



Geben Sie Kostenerhöhungen an Ihre Kundschaft weiter? (keine Mehrfachnennung möglich, in Prozent)



In der **Industrie**, wo die Belastung durch höhere Energie- und Rohstoffpreise besonders hoch ist, haben bereits 57 Prozent der Unternehmen ihrerseits Preise erhöht, 30 Prozent haben dies noch vor. Ähnlich verhält es sich im **Handel**. Auch dort hat bereits über die Hälfte der Betriebe Preisanpassungen vorgenommen (52 Prozent), der Großhandel (60 Prozent) ist dabei deutlich schneller als der Einzelhandel (45 Prozent). Darüber hinaus steht bei 31 Prozent noch eine

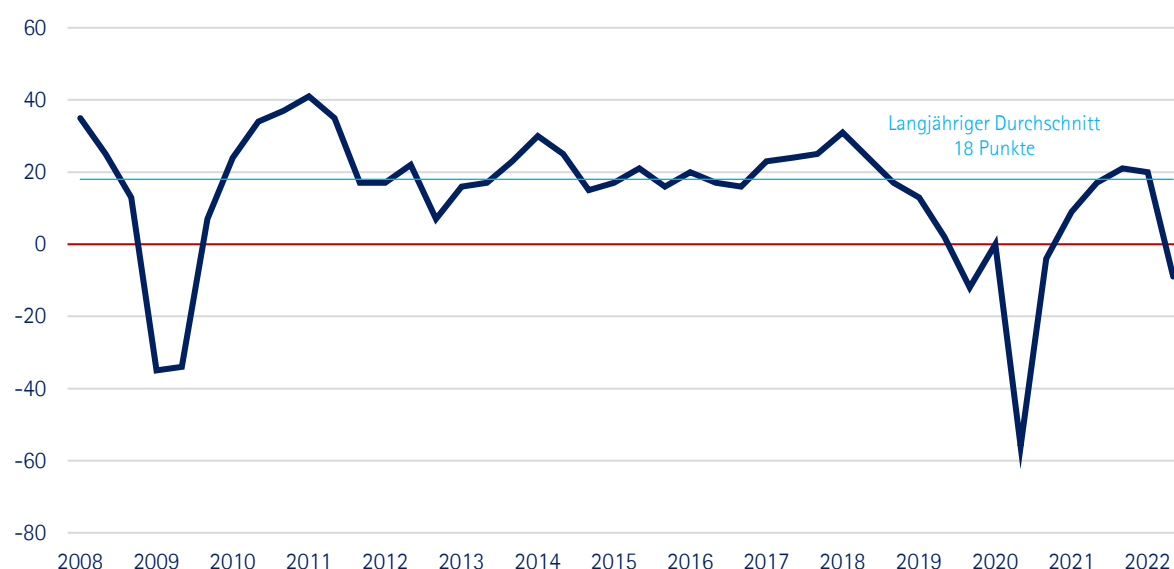
Preiserhöhung bevor (Großhandel: 28 Prozent; Einzelhandel 33 Prozent). Im **Baugewerbe**, wo eine Preisanpassung während der Bauphase in der Regel nicht so einfach möglich ist, haben bisher nur ein Drittel der Unternehmen (34 Prozent) ihre Mehrkosten an die Kunden weitergeben können, bei 44 Prozent der Bauunternehmen ist dies aber in Planung. Im **Dienstleistungssektor** fallen im Durchschnitt die Preiserhöhungen weniger häufig aus, 29 Prozent haben das bereits durchgeführt, gut ein Drittel (35 Prozent) haben das noch vor. Jedoch ist gerade im heterogenen Dienstleistungssektor die Spanne sehr unterschiedliche: 37 Prozent der Betriebe im Gastgewerbe haben bereits Kosten an die Kunden weitergegeben, bei knapp der Hälfte (48 Prozent) steht das noch aus. Demgegenüber stehen die Unternehmen, die überwiegend personenbezogene Dienstleistungen anbieten. Dort können 28 Prozent der Unternehmen gar keine Preissteigerungen gegenüber den Kunden durchsetzen. Lediglich ein Fünftel (21 Prozent) hat bereits Preise erhöht. Ein knappes Drittel (31 Prozent) will das noch tun.

Exportserwartungen der Industrieunternehmen für die kommenden 12 Monate

Eine schwächere Weltkonjunktur und anhaltende Lieferkettenstörungen durch Lockdowns in China sowie die Auswirkungen des russischen Kriegs in der Ukraine lassen die Exporterwartungen der international vernetzten deutschen Wirtschaft einbrechen: Lediglich ein Fünftel (20 Prozent) der Unternehmen rechnet mit steigenden Ausfuhren in den kommenden Monaten – deutlich weniger als in der Vorumfrage (33 Prozent). Ging zu Jahresbeginn hingegen nur jedes zehnte Unternehmen (13 Prozent) von einem Rückgang seiner Ausfuhren im Laufe des Jahres aus, sind es nun mit 29 Prozent mehr als doppelt so viele. Der Saldo aus positiven und negativen Exporterwartungen verschlechtert sich im Vergleich zur Vorumfrage deutlich auf minus neun Punkte (nach zuvor 20 Punkten).

Aufgrund der nachlassenden wirtschaftlichen Dynamik in wichtigen Absatzmärkten sehen 34 Prozent der Industrieunternehmen in der Auslandsnachfrage ein Geschäftsrisiko. Die Nennung des Risikos steigt damit im Vergleich zur Vorumfrage um zehn Prozentpunkte (Jahresbeginn: 24 Prozent).

Exportserwartungen der Industrieunternehmen – Saldo in Punkten

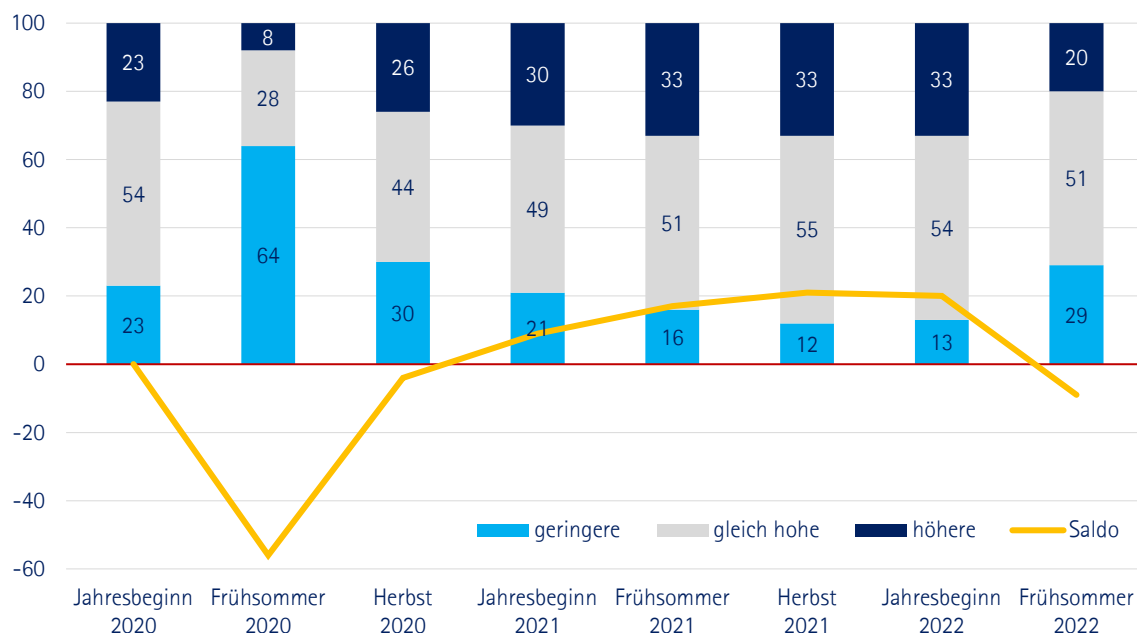


Am deutlichsten überwiegen die Sorgen bei den **Vorleistungsgüterproduzenten**, ihre Exporterwartungen liegen unter dem Durchschnitt der Industrie: Nur 16 Prozent erwarten ein Exportplus. Mit 30 Prozent erwarten fast doppelt so viele Unternehmen, dass ihre Ausfuhren in den kommenden Monaten schwächer ausfallen (Saldo von minus 14 nach zuvor 15 Punkten). Steigenden Kosten für Energie und Rohstoffe belasten die Unternehmen hierzulande deutlich stärker als Wettbewerber auf dem Weltmarkt. Besonders Betriebe aus der Metallerzeugung und -bearbeitung rechnen kaum mit Wachstum: Lediglich acht Prozent der Unternehmen mit positiven Erwartungen stehen 35 Prozent mit negativen Erwartungen gegenüber (Saldo von minus 27 nach zuvor zehn Punkten). Ähnlich negativ sind die Aussichten der Gummi- und Kunststoffindustrie, wo 14 Prozent von steigenden und 32 Prozent von sinkenden Exporten ausgehen (Saldo von minus 18 nach zuvor zwölf Punkten), sowie der Chemischen Industrie (Saldo von minus 16 nach zuvor 18 Punkten).

Unter den **Investitionsgüterproduzenten** halten sich die positiven und negativen Erwartungen fast die Waage: 24 Prozent der Unternehmen erwarten steigende, 27 Prozent erwarten sinkende Ausfuhren. Allerdings sind die Exporterwartungen gegenüber der Vorumfrage in diesen Branchen deutlicher gesunken als in der Industrie insgesamt (Saldo von minus drei nach zuvor 31 Punkten). Besonders die Hersteller von Kfz-Teilen und -zubehör leiden unter den anhaltenden Lieferkettenstörungen: Unter ihnen erwarten 17 Prozent steigende und 43 Prozent sinkende Exporte (Saldo von minus 26 nach zuvor 20 Punkten). Bei den Kraftfahrzeugbauern haben 18 Prozent positive und 35 Prozent negative Erwartungen (Saldo von minus 17 nach zuvor 25 Punkten). Nur etwas besser mit Blick auf den Saldo sieht es im Maschinenbau (Saldo von minus zwei nach zuvor 36 Punkten) und der Elektrotechnik (Saldo von zwei nach zuvor 27 Punkten) aus. Allerdings haben sich die Aussichten auch in diesen Branchen im Vergleich zu Jahresbeginn merklich eingetrübt.

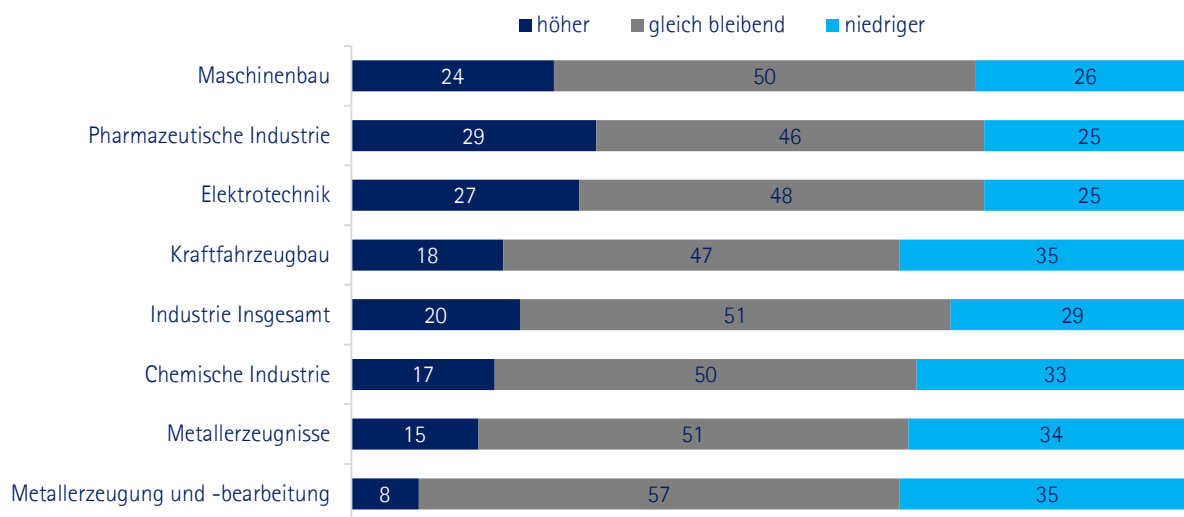
Bei den **Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten** rechnen 21 Prozent mit höheren und 30 Prozent mit geringeren Exporten in den kommenden zwölf Monaten (Saldo von minus neun nach zuvor 17 Punkten). In der Pharmazeutischen Industrie überwiegen die Optimisten immerhin noch leicht: 29 Prozent erwarten steigende Ausfuhren, ein Viertel geringere (Saldo von vier nach zuvor 28 Punkten).

Exportserwartungen der Industrieunternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten



Exportserwartungen für die kommenden 12 Monate in ausgewählten Branchen

Anteile in Prozent



Investitionsabsichten der Unternehmen für die kommenden 12 Monate

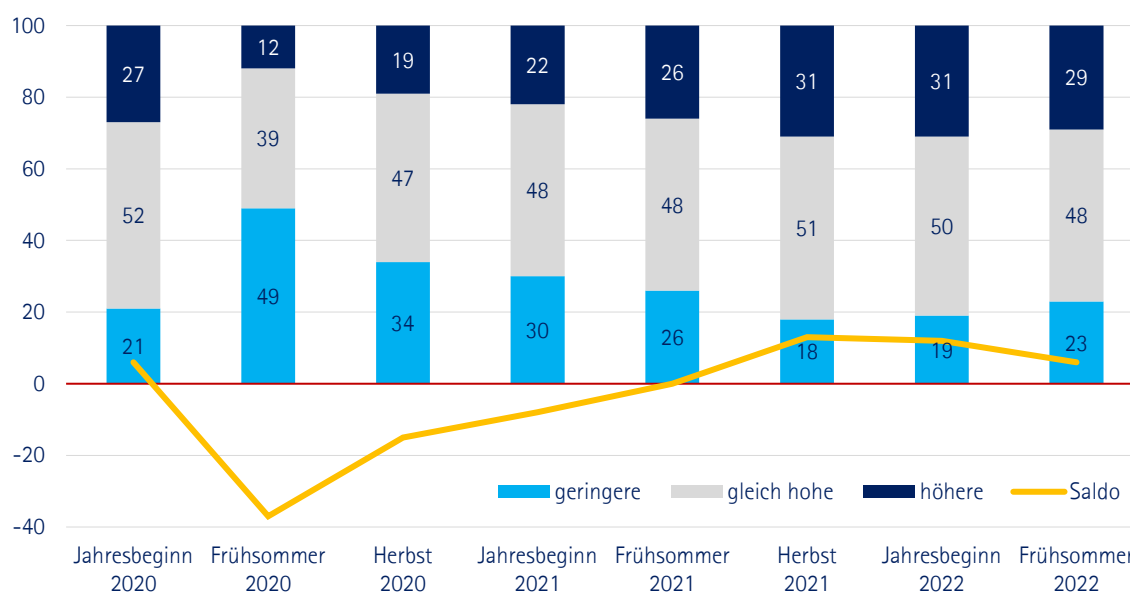
Die merklich eingetrübten Geschäftserwartungen dämpfen die Investitionsneigung der Unternehmen. Im Frühsommer 2022 wollen 29 Prozent der Betriebe ihre Investitionen ausweiten (zuvor 31 Prozent) und 23 Prozent weniger investieren (zuvor 19 Prozent). Der resultierende Investitionssaldo halbiert sich gegenüber der Vorumfrage auf sechs Punkte – und liegt damit gerade noch über dem langjährigen Durchschnitt von vier Punkten.

Kräftige Abstriche nehmen **Industrieunternehmen** bei ihren Investitionsplänen vor. Der Saldo sinkt um 14 auf neun Punkte. Damit kommt die kontinuierliche Verbesserung der Investitionspläne seit dem Einbruch zu Beginn der Coronapandemie zu einem Ende. Insbesondere die Investitionsgüterhersteller nehmen angesichts der trüben Geschäfts- und Exporterwartungen Kürzungen vor (Saldo von sieben nach zuvor 24 Punkten). Besonders kräftig streichen dabei die Maschinenbauer ihre Investitionspläne zusammen (Saldo von neun nach zuvor 30 Punkten). Auch der Kraftfahrzeugbau und die Hersteller von Metallerzeugnissen nehmen deutliche Anpassungen nach unten vor (minus elf nach zuvor acht Punkten bzw. sieben nach zuvor 23 Punkten). Hingegen führt die Pharmaindustrie ihre Investitionspläne von Jahresbeginn 2022 unverändert fort (Saldo erneut bei 24 Punkte), während die Brauereien sogar ihre Investitionen leicht ausweiten wollen (Saldo von einem nach minus einem Punkt).

Während auch das **Baugewerbe** seine Investitionspläne merklich nach unten anpasst (Saldo von minus neun nach zuvor fünf Punkten), fallen die Abstriche bei den **Händlern** nicht ganz so gravierend aus (Saldo von null nach zuvor sieben Punkten). Im Großhandel und Einzelhandel sinken die Investitionsabsichten um neun bzw. vier Punkte auf einen Saldo von drei bzw. minus zwei Punkte. Die Handelsvermittler kürzen hingegen deutlicher zusammen (Saldo von minus zwei nach zuvor zwölf Punkten).

Bei den **Dienstleistern** zeigt sich, dass diejenigen mit positiveren Geschäftsaussichten auch ihre Investitionspläne eher ausweiten wollen. So halten sich im Gastgewerbe beispielsweise expansive und restriktive Unternehmen wieder die Waage, nachdem zu Jahresbeginn die Investitionsabsichten noch deutlich im Minus waren (Saldo von null nach zuvor minus elf Punkten). Ebenso stocken die besonders von der Coronapandemie gebeutelten Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter (Saldo von 21 nach zuvor zwei Punkten), sowie die Betriebe aus der Kunst-, Unterhaltungs- und Erholungsbranche (Saldo von zwei nach zuvor minus 18 Punkten) angesichts der wegfallenden Coronamaßnahmen ihre Investitionsbudgets auf.

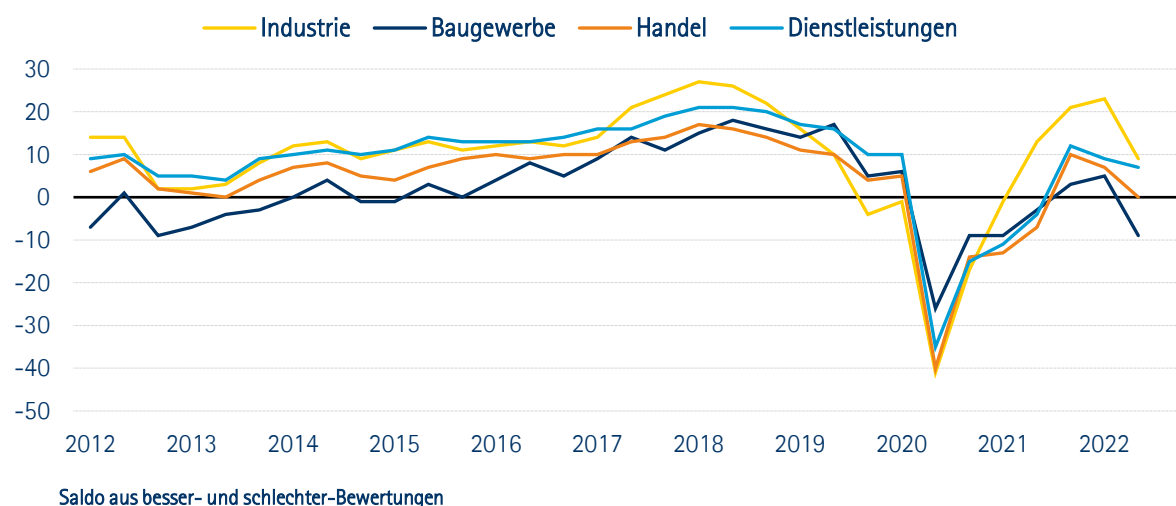
Investitionsabsichten der Unternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten



Spürbare Eintrübungen zeigen sich bei Verkehrsunternehmen, z. B. bei Betrieben aus dem Straßenverkehr und Schienennahverkehr (Saldo von ein nach zuvor acht Punkten) – und noch deutlicher im Straßengüterverkehr (Saldo von minus vier nach zuvor sieben Punkten). Die verschlechterten Geschäftserwartungen dieser Branchen (Straßenverkehr: Saldo Geschäftserwartungen minus 29 nach zuvor minus elf Punkten; Straßengüterverkehr: Saldo von minus 36 nach

zuvor minus zehn Punkten) machen sich bei ihren Investitionsplänen bemerkbar. Vor allem die steigenden Energie- und Rohstoffpreise (Risikokennung jeweils 92 Prozent) dürften erhebliches Kapital binden, das für Investitionen fehlt. Auch bei den überwiegend unternehmensbezogenen Dienstleistungen werden die Investitionspläne etwas reduziert (Saldo von acht nach zuvor zwölf Punkten). Es macht sich das Bedürfnis der Unternehmen, Kosten einzusparen, an vielen Stellen bemerkbar. So planen Dienstleister für Forschung und Entwicklung oder für die Bildungswirtschaft mit merklich weniger Investitionen in den kommenden Monaten (Saldo von sechs nach zuvor 28 Punkten bzw. Saldo von vier nach zuvor 21 Punkten). Auch die Sicherheitswirtschaft und Reinigungsdienste (Saldo von zwei nach zuvor 20 Punkten bzw. Saldo von minus drei nach zuvor 20 Punkten) stellen ihre Investitionsvorhaben zurück.

Investitionsabsichten der Unternehmen – Saldo in Punkten



Ob Energiekrise, Coronakrise oder die Unsicherheiten über die Entwicklung der Nachfrage auf den Märkten – das alles drückt auf die Investitionsstimmung und die Einsparung von Kosten rückt stärker in den Vordergrund. Während der **Umweltschutz** (alle Branchen 28 Prozent, Industrie: 36 Prozent) erneut ein Rekordniveau erreicht, möchte nicht mal jedes Dritte Industrieunternehmen in **Produktinnovationen** investieren (32 Prozent nach 36 Prozent) – so wenig wie nie zuvor. Das ist eine besorgniserregende Entwicklung, da die Industrie 85 Prozent der privaten FuE-Ausgaben hierzulande schultert. Im Kraftfahrzeugbau, der Branche mit den traditionell höchsten FuE-Aufwendungen, wollen nur noch vier von zehn Unternehmen (40 Prozent nach zuvor 54 Prozent) in Produktinnovationen investieren – der Tiefpunkt seit Umfragebeginn. Zugleich zeigt sich, dass besonders die großen Industrieunternehmen ihre Investitionsvorhaben in Innovationen für die kommenden Monate reduzieren wollen (Investitionsmotiv Produktinnovation bei Industrieunternehmen ab 1.000 Beschäftigte: 46 Prozent nach zuvor 58 Prozent; 200-999 Mitarbeiter: 38 Prozent nach zuvor 40 Prozent). Weniger als jedes dritte Industrieunternehmen – und damit erneut weniger als zuletzt – will in den **Aufbau von Kapazitäten** investieren (32 Prozent nach 35 Prozent). Bei den Betrieben in der Glas-, Keramik- und Steilverarbeitung (22 Prozent nach 31 Prozent), im Werkzeugmaschinenbau (23 Prozent nach 30 Prozent) und in der Metallerzeugung und -bearbeitung (25 Prozent nach 33 Prozent) sind es sogar noch weniger. Einen Kapazitätsausbau plant indes die Chemie- und Pharmaindustrie (44 Prozent nach 42 Prozent) sowie die elektrischen Ausrüster (44 Prozent nach 43 Prozent). Der Bedarf an Chemie- Pharmaprodukte dürfte weltweit hoch bleiben oder sogar vereinzelt steigen und elektrische Ausrüster liefern wichtige Bauteile mit Blick auf die Digitalisierung oder den Klimaschutz.

Hauptmotive für Investitionen im Inland (in Prozent; Mehrfachantworten sind möglich, in Klammern Wert der Vorumfrage):

	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Alle Branchen	31 (31)	29 (31)	25 (28)	28 (27)	65 (63)
Industrie	41 (42)	32 (36)	32 (35)	36 (35)	64 (63)
Baugewerbe	23 (22)	20 (19)	19 (22)	25 (23)	79 (78)
Handel	29 (28)	24 (26)	22 (25)	26 (25)	64 (64)
Dienstleistungen	26 (27)	29 (32)	23 (25)	24 (24)	64 (62)

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen für die kommenden 12 Monate

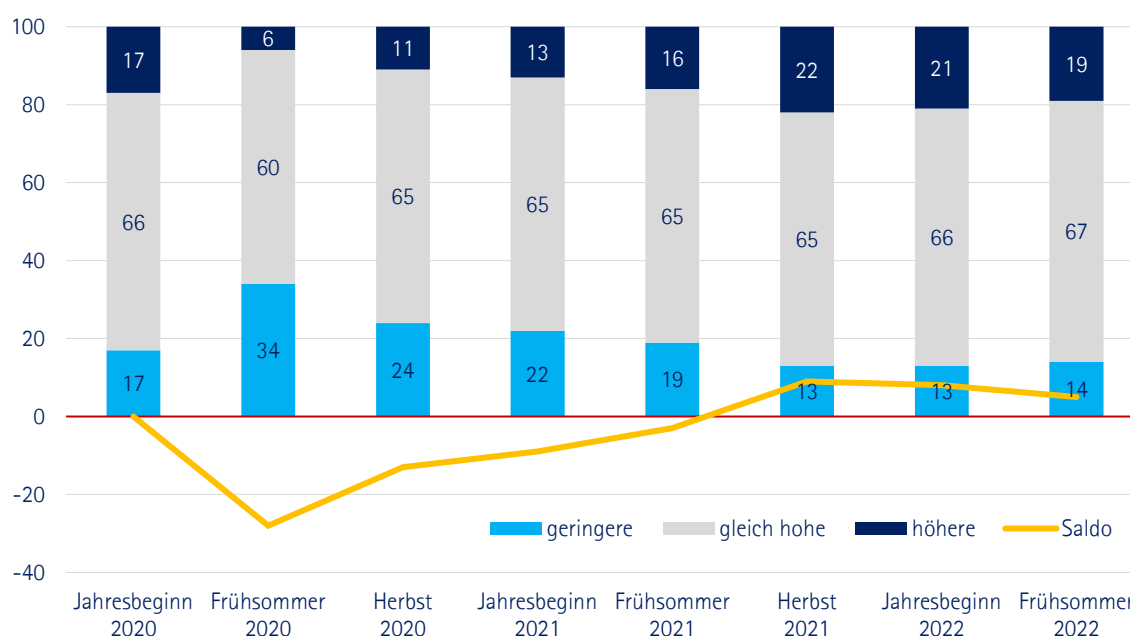
Die Beschäftigungsabsichten der Unternehmen zeigen sich angesichts der eingetrübten Geschäftsaussichten als robust. Etwa jedes fünfte Unternehmen (19 nach zuvor 21 Prozent) beabsichtigt, mehr Personal einzustellen, während 14 Prozent (nach zuvor 13 Prozent) einen Abbau erwarten. Damit geht der Saldo aus positiven und negativen Beschäftigungsabsichten um drei auf fünf Punkte leicht zurück, liegt aber noch über dem langjährigen Durchschnitt von null Punkten.

Dieser Rückgang in der Gesamtwirtschaft geht auf die Industrie (Saldo von acht nach zuvor 15 Punkten), das Baugewerbe (Saldo von minus ein nach zuvor fünf Punkten) und den Handel (Saldo von minus zwei nach zuvor fünf Punkten) zurück, wo die negativen Export- und Geschäftserwartungen auch die Beschäftigungspläne drücken. Im Dienstleistungssektor planen die Unternehmen nach der Rücknahme der pandemischen Maßnahmen mit etwas mehr Beschäftigten als noch zu Jahresbeginn (Saldo von 7 nach zuvor fünf Punkten).

Insbesondere in energieintensiven **Industriezweigen** werdend die Pläne, Personal einzustellen, heruntergeschraubt. So sank beispielsweise in der Gummi- und Kunststoffindustrie der Saldo der Beschäftigungsabsichten um 14 auf vier Punkte und in der Chemischen Industrie sowie bei den Unternehmen der Metallerzeugung und Bearbeitung jeweils um elf auf vier Punkte. Allerdings liegen diese Werte noch deutlich unter den Rückgängen, die im Zuge des Coronaschocks oder der Finanzkrise verzeichnet wurden. Ein Grund dafür ist der Fachkräftemangel, der zwar etwas weniger häufig als Geschäftsrisiko genannt wurde als noch zu Jahresbeginn, der aber weiterhin das zweitgrößte Geschäftsrisiko darstellt. Schließlich können sich die Unternehmen auch in wirtschaftlich unsicheren Zeiten langfristig nicht leisten in großem Maßstab Personal abzubauen. Nennenswert sind zudem die positiven Beschäftigungsabsichten in der Pharmaindustrie, die zwar leicht im Vergleich zur Vorumfrage gesunken sind, aber immer noch auf hohem Niveau verbleiben (Saldo von 26 nach zuvor 30 Punkten).

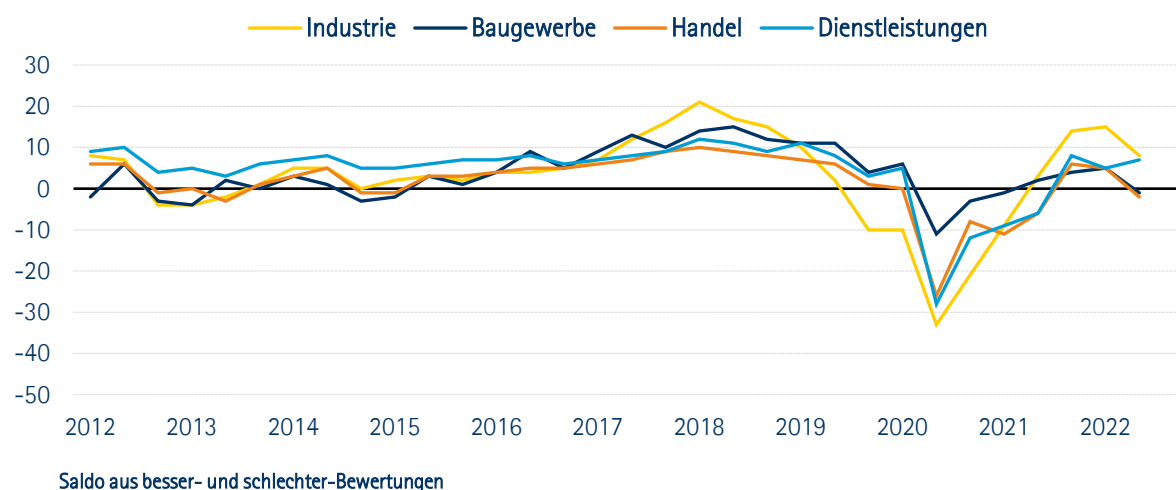
Auch im **Baugewerbe** sind die Einstellungsabsichten zurückgegangen (Saldo von minus einem nach zuvor fünf Punkten), liegen jedoch noch leicht über dem langjährigen Durchschnitt von minus fünf Punkten. Obwohl die Transformation hin zur Klimaneutralität die Nachfrage nach Bauleistungen – und damit auch entsprechenden Arbeitskräften – grundsätzlich erhöht, könnten bereits steigende Kreditzinsen weitere Bauinvestitionen ausbremsen. Dies bestätigt das bereits deutlich gestiegene Risiko einer schwächelnden Inlandsnachfrage (37 Prozent nach zuvor 27 Prozent). Innerhalb der Branche weist das Ausbaugewerbe mit zwei Punkten (nach zuvor sieben Punkten) noch den höchsten Saldo bei den Beschäftigungsabsichten auf.

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten



Die Einstellungspläne im **Handel** haben sich mit der Eintrübung der Geschäftsaussichten gegenüber der Vorumfrage um sieben Punkte auf einen Saldo von minus zwei Punkte verschlechtert und liegen damit nur noch knapp über dem langjährigen Durchschnitt von minus drei Punkten. Über die Hälfte der Handelsunternehmen sieht das Risiko einer schwächeren Inlandsnachfrage (53 Prozent nach zuvor 48 Prozent). Entsprechend nimmt auch der Personalbedarf etwas ab. Nach Abflauen der Pandemie wollen insbesondere die Händler gesundheitsbezogener Güter den Personalbestand deutlich abbauen (Saldo von minus sechs nach zuvor 13 Punkten).

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen – Saldo in Punkten



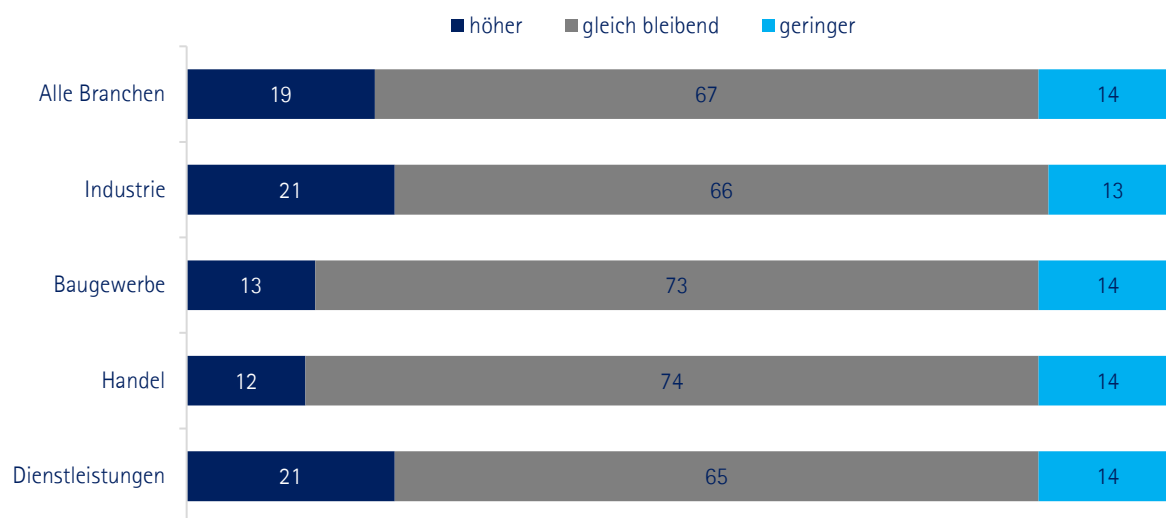
Der **Dienstleistungssektor** plant dagegen mit etwas mehr Beschäftigten als noch in der Vorumfrage (Saldo von 7 nach zuvor 5 Punkten). Besonders die Branchen, die stark von den Coronamaßnahmen betroffen waren, atmen spürbar auf und wollen ihr Personal wieder aufstocken. So steigt der Saldo der Beschäftigungsabsichten im Gastgewerbe um 15 auf sieben Punkte. Bei den Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter nimmt der Saldo sogar um 19 auf 30 Punkte zu.

Trotz der pessimistischen Geschäftsaussichten in der Industrie halten einige unternehmensnahe Branchen weiterhin an überwiegend expansiven Einstellungsplänen fest. Das gilt insbesondere für Branchen mit Digitalisierungsbezug wie z.B. Telekommunikation (Saldo von 31 nach zuvor 25 Punkten), IT-Dienstleister (Saldo von 30 nach zuvor 35 Punkten) und Programmierer (Saldo von 20 nach zuvor 34 Punkten) noch sehr expansive Pläne auf. Gleiches gilt für Dienstleister, die mit Blick auf die ökologische Transformation gefragt sind wie z.B. Forschung und Entwicklung (Saldo von 26 nach zuvor 32 Punkten) sowie Architektur- und Ingenieurbüros (Saldo von 15 nach zuvor 17 Punkten). Hingegen reduzieren die Zeitarbeitsunternehmen ihre Personalpläne im Vergleich zum Jahresbeginn deutlich (Saldo von zwölf nach zuvor 28 Punkten), was auch auf eine Abkühlung der Geschäftsaussichten insbesondere in der Industrie zurückzuführen ist.

Für Gesundheits- und soziale Dienste stehen weiterhin mehrheitlich Einstellungen auf der Beschäftigungsagenda (Saldo von 19 nach zuvor 13 Punkten). Hier macht sich der demografische Wandel mit steigendem Bedarf nach Gesundheits- und Pflegedienstleistungen bemerkbar. Eine schwächelnde Inlandsnachfrage muss die Branche nicht fürchten (Geschäftsrisiko Inlandsnachfrage 18 Prozent nach zuvor 20 Prozent).

Beschäftigungsabsichten in den kommenden 12 Monaten nach Sektoren

Anteile in Prozent



DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr, in Prozent, preisbereinigt, verkettet

	2020	2021	DIHK-Prognose 2022
BIP	-4,6%	2,9%	1,5%
Private Konsumausgaben	-5,9%	0,1%	3,0%
Konsumausgaben des Staates	3,5%	3,1%	0,0%
Bruttoanlageinvestitionen	-2,2%	1,5%	1,2%
– Ausrüstungen	-11,2%	3,4%	2,0%
– sonstige Anlagen	1,0%	0,7%	2,0%
– Bauten	2,5%	0,7%	0,0%
Export (Waren und Dienstleistungen)	-9,3%	9,9%	0,0%
Import (Waren und Dienstleistungen)	-8,6%	9,3%	0,5%
Erwerbstätige (Veränderung in Tausend)	-370	+7	+400
Verbraucherpreise	0,6%	3,1%	7,0%

Impressum

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

Redaktion: Dr. Kathrin Andrae, Dr. Susanne Gewinnus, Carolin Herweg, Sebastian Hirsch, Melanie Vogelbach, Dr. Jupp Zenzen

Grafik: Friedemann Encke, Sebastian Titze, DIHK

Stand: Mai 2022

Weitere Ergebnisse, den Fragebogen sowie Hinweise zur Methodik der Umfrage finden Sie unter www.dihk.de/konjunktur